

Wen wählen?

Am 27. September bestimmen die Deutschen, wer sie in den nächsten vier Jahren regieren soll. Wem können gerade Spieler vertrauen? Wir haben die Standpunkte der wichtigsten Parteien zusammengetragen und mit ihren Vertretern gesprochen.

Einfach irgendwo Kreuzchen zu machen ist nicht mal beim Lotto sonderlich erfolgversprechend. Wenn es um die Bundestagswahl geht, tragen wir alle zudem große Verantwortung, denn die Wahlgewinner steuern für vier Jahre das Schicksal aller Deutschen. Doch wer verdient unsere Stimme? Wir haben Politiker befragt, wie sie zu den Themen Spielverbot, Onlinesucht und Internetsperren stehen, was sie speziell für jüngere Menschen tun wollen und welche Ziele sie generell verfolgen. Man möge uns verzeihen, dass wir Gruppierungen wie »Die Violetteten«, die »spirituelle Politik« betreiben, nicht berücksichtigt und uns auf die größeren oder für Spieler relevanten Parteien beschränken. Aufschlussreich, wenngleich zu Wahlkampfzeiten nicht überraschend: Selbst von Parteien, die in der Vergangenheit so genannte »Killerspiele« verteuft hatten, kam plötzlich keine pauschale Verbotsforderung mehr. Als Gedächtnisstütze für unsere Leser blicken wir deshalb kurz in die Vergangenheit.

Was bisher geschah

Die Debatte um »Killerspiele, die Jugendliche animieren, andere Menschen zu töten« (Edmund Stoiber, CSU) läuft bereits seit dem Amoklauf von Erfurt am 26. April 2002. Nach der Bundestagswahl im September 2005 dauerte es keine vier Wochen, ehe die schwarz-rote Koalition ein Verbot von stark gewaltbestimmten Spielen forderte. In der Folgezeit ging die Diskussion wie ein Pingpong-Ball hin

und her. Während sich hauptsächlich die CDU/CSU, aber auch der bei diesem Thema zerrissenen scheinende Koalitionspartner SPD besonders nach den Amokläufen in Emsdetten (20. November 2006) und Winnenden (11. März 2009) für ein Verbot aussprachen, hielten Grüne und FDP immer wieder dagegen, zumindest auf Bundesebene. Sie argumentierten meist, dass es vielmehr darum gehen müsse, aufzuklären und das bestehende Jugendschutzgesetz konsequent durchzusetzen.

Spiele wie Kinderpornografie?

Im Oktober 2007 kündigte die Familienministerin Ursula von der Leyen (CDU) an, minderjährige Testkäufer einsetzen zu wollen, um Verstöße gegen das Jugendschutzgesetz aufzudecken. Nach massiver Kritik zog sie den Entwurf zurück. Innenminister Joachim Herrmann (CSU) ließ im März 2009 über »Killerspiele« verlauten: »In ihren schädlichen Auswirkungen stehen sie auf einer Stufe mit Kinderpornografie, deren Verbot zu Recht niemand in Frage stellt.« Drei Monate später trat die Innenministerkonferenz zusammen. Sie beschloss einstimmig, dem Bundestag ein »Verbot für Killerspiele« nahezulegen. Neben Vertretern von CDU und CSU hatten sich auch die der SPD sowie Ingo Wolf von der FDP dafür ausgesprochen.

Angst vor Internetzensur

Für weiteren Unmut, besonders in der Internetgemeinde, sorgte Ursula von der Leyen im

Weniger Qual der Wahl

Nicht nur wir wollen Ihnen helfen, sich bei der Bundestagswahl richtig zu entscheiden, auch der **Wahl-O-Mat** (Quicklink: 6398), der Anfang September online gehen soll, ist ein guter Ratgeber. Gerade, weil es für verantwortungsvolle Bürger nicht allein darum gehen sollte, wie eine Partei zum Thema Computerspiele steht. Der Wahl-O-Mat ist eine Art interaktiver Test: Der Nutzer beantwortet 30 politische Thesen mit »stimme zu«, »stimme nicht zu«, »neutral« oder »überspringen«. Am Ende berechnet die Software, wie sehr die Ansichten einzelner Parteien mit Ihren übereinstimmen.

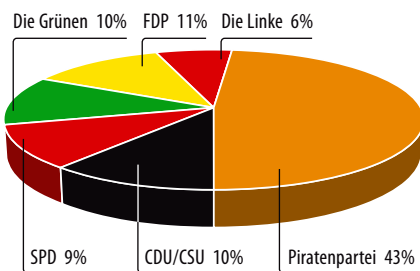
Frühjahr mit ihrem Vorhaben, kinderpornografische Webseiten sperren zu lassen. Die Kritik richtete sich dabei nicht gegen den wichtigen und richtigen Kampf gegen solche Inhalte, sondern die geplante Umsetzung: Seiten werden dadurch nur blockiert, nicht aber gelöscht, was der Idee der Bekämpfung von Kinderpornografie zuwiderläuft. Vor allem befürchten Kritiker, dass die Sperrung auch andere Inhalte treffen könnte. Wegen des Vorstoßes von »Zensursula«, wie die Politikerin seither auch genannt wird, zittern etwa Actionspielesfans aufgrund einer möglichen Ausweitung des so genannten »Zugangsschwerungsgesetzes«. Genau das brachte Ursula von der Leyens CDU-Parteikollege Thomas Strobl kurze Zeit später ins Gespräch.

Warum wählen gehen?

Fraglich ist, ob und welchen Einfluss die von einem GameStar-Leser eingereichte Petition, deren Zeichnungsfrist bis 19. August lief, gegen das von der Innenministerkonferenz geforderte Verbot hat. Die Entscheidung darüber trifft der Bundestag noch. Und über dessen Zusammensetzung entscheiden wir alle. Die Wahl ist die wichtigste Gelegenheit für Millionen junger Menschen und Computer- und Videospieler, ihrer Meinung Gewicht zu verleihen. Wer mit darüber bestimmen will, wie Deutschland in Zukunft mit Spielen, Spielern und dem Internet umgeht, der sollte am 27. September seine Kreuzchen machen.

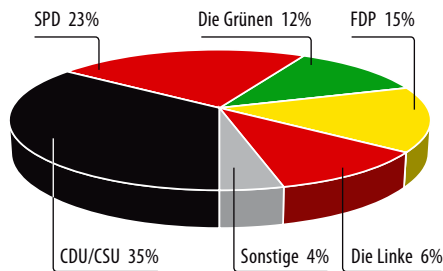
Harald Fränkel

»Welche Partei würden Sie wählen, wenn heute Bundestagswahl wäre?«



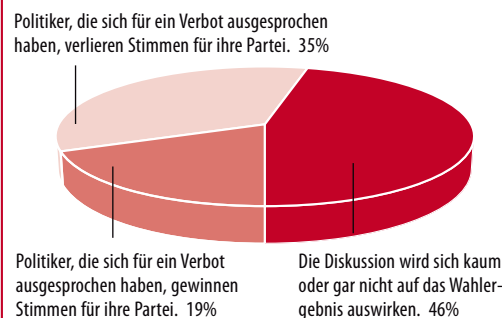
Quelle: GameStar.de, 3.226 Teilnehmer, Stand: 17.7.2009.
An 100% fehlend: Sonstige / Darf nicht wählen

»Welche Partei würden Sie wählen, wenn heute Bundestagswahl wäre?«



Quelle: Emnid, 2.340 Teilnehmer, Stand: 5.8.2009

»Wie wird sich die »Killerspiele«-Diskussion auf das Ergebnis der Bundestagswahl im Herbst auswirken?«



Quelle: GameStar.de, 4.313 Teilnehmer, Stand: 22.7.2009

Wenn es nach den Lesern von GameStar.de ginge, würde bald die **Piratenpartei** unser Land regieren (links). Die Meinungsforscher von Emnid (rechts) sehen nach wie vor die **CDU/CSU** als deutlich stärkste Kraft, die Piraten fallen unter »Sonstige«.

Fast die Hälfte der GameStar.de-Leser glaubt, dass sich die »Killerspiele«-Debatte kaum auf das Wahlergebnis auswirkt.



»Digitaler Generationenkonflikt«

Wie steht die Partei zu Spielen?

Von allen Bundesparteien ist die CDU/CSU gewalthaltigen Spielen gegenüber am kritischsten eingestellt, ranghohe Vertreter wie die Innenminister Jörg Schönbohm (Brandenburg) und Joachim Herrmann (Bayern) haben sich wiederholt vehement für ein Verbot so genannter »Killerspiele« ausgesprochen.

Der Bundestagsabgeordnete Philipp Mißfelder (31) – früher Amiga-500-Fan – antwortete beim Interview in seiner Rolle als Vorsitzender der Jungen Union, die einig Ansicht der Mutterparteien CDU und CSU bezüglich Spielen nicht teilt, etwa in Hinblick auf die Suchtfrage: »In erster Linie sind Eltern gefordert, ihre Kinder zu einer verantwortungsbewussten Nutzung des Computers und des Internets zu erziehen.«

Was sind die wichtigsten Ziele der Partei?

Die CDU/CSU will den Staatshaushalt in den Griff bekommen und die Finanzkrise überwinden, um das Ziel »Arbeit für alle« zu erreichen. Sie setzt darauf, den Einkommensteuersatz zu senken und den Höchststeuersatz anzuheben. Außerdem möchte die Partei unter anderem das Bildungsangebot ausbauen und Familien fördern.

Philipp Mißfelder (CDU)



Muss das Jugendschutzgesetz geändert werden?

Nein, eine Verschärfung ist nicht notwendig. Der Jugendschutz muss weiter konsequent angewendet werden, um Kinder vor gewaltverherrlichenden Spielen zu schützen. Die in der Öffentlichkeit diskutierten Einschränkungen sind actionistisch und nicht zielführend, es existiert kein bewiesener Zusammenhang zwischen Gewalttätigkeit und Computerspielen.

Gerade Vertreter Ihrer Partei haben aber immer wieder gefordert, dass »Killerspiele« verboten werden müssen.

Es gibt hier einen digitalen Generationenkonflikt. Viele Ältere kennen die Welt der Computerspiele und des Internets gar nicht. Mit den jungen Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU um Marco Wanderwitz und die stellvertretende CSU-Generalsekretärin Dorothee Bär habe ich mich mehrfach gegen ein weitreichendes Verbot von Computerspielen gewandt. Dennoch müssen wir jüngeren Politiker Aufklärung betreiben und Anregungen der Spieler ernst nehmen.

Wo liegt die Hauptschuld an Amokläufen, wie kann man sie verhindern?

Die Schuld liegt beim Täter. Solche Verbrechen sind tragisch. Allerdings steht gerade auch die Familie in der Pflicht, stärker aufeinander Acht zu geben.

SPD

»Medienkompetenz stärken«

Wie steht die Partei zu Spielen?

Der Koalitionsvertrag, den die SPD mit der CDU/CSU direkt nach der Wahl 2005 geschlossen hat, sieht explizit ein Verbot von »Killerspielen« vor. In der Folgezeit gab es unterschiedliche Äußerungen. Unserem Interviewpartner, SPD-Bundesgeschäftsführer Kajo Wasserhövel (48), sind Computerspiele nicht fremd: Er trägt am PC Schachpartien aus, seine Söhne spielen am liebsten **Pro Evolution Soccer** und **World of Warcraft**.

Was sind die wichtigsten Ziele der Partei?

Die SPD rückt den gesetzlichen Mindestlohn, gleiche Bildungschancen für alle (zum Beispiel kostenfreies Erststudium), die Förderung von Familien und Frauen im Beruf, Klimaschutz und den Ausstieg aus der Atomenergie in den Mittelpunkt. Es sei ferner wichtig, dass die Ausstattung der Schulen mit Computern und Internetanschlüssen vorangetrieben werde, sagte Kajo Wasserhövel. Er unterstrich, dass sich die Sperrung von Internetseiten ausschließlich auf Kinderpornografie beziehen solle.

Kajo Wasserhövel (SPD)



Muss das Jugendschutzgesetz geändert werden?

Ich halte den Jugendschutz für ausreichend. Es wurde im vergangenen Jahr novelliert, und die Indizierungskriterien wurden präzisiert und erweitert.

Steht Ihre Partei hinter dem Verbot von »Killerspielen«?

Bereits heute fallen gewaltverherrlichende oder -verharmlosende Computerspiele unter das Verbot des Paragraphen 131 im Strafgesetzbuch. Das wird bei manchen Verbotsdiskussionen übersehen. Ein wirklicher Jugendmedienschutz muss den verantwortungsvollen Umgang mit Medien umfassen. Es ist notwendig, dass in Kindertagesstätten, Schulen, Universitäten, Fort- und sonstigen Bildungseinrichtungen sowie in der Jugendarbeit stärker auf die Vermittlung von Medienkompetenz Wert gelegt wird.

Wie sind Amokläufe wie der in Winnenden zu verhindern?

Es gibt nicht den EINEN einzigen Grund, der zu Amokläufen führt. Ob Spielkonsum Auswirkungen auf alltägliches Verhalten hat, hängt von jeweils individuellen und sozialen Faktoren ab. Die multimediale Welt bietet sowohl Chancen als auch Risiken. In jedem Fall brauchen wir eine Kultur des Hinsehens. Eltern, Geschwister, Nachbarschaft, Mitschülerinnen und Mitschüler, Lehrerinnen und Lehrer müssen reagieren, wenn Kinder und Jugendliche oft tagelang in virtuelle Parallelwelten abtauchen.

FDP

Die Liberalen

»Wertvolle Spiele fördern«

Wie steht die Partei zu Spielen?

Sie ist liberal, auch Spielen gegenüber. Die Bundestagsabgeordnete und familienpolitische Sprecherin der FDP, Miriam Gruß (34), kritisierte den bayerischen Innenminister Joachim Herrmann schon 2008: »Er zeigt grenzenlosen Mangel an Realismus.« Dass die FDP im Zweifel der Koalitionsrason folgen könnte, legt die Innenministerkonferenz nahe: Der nordrhein-westfälische Innenminister Ingo Wolf (FDP) stimmte analog zu seinen Amtskollegen für ein Verbot gewalthaltiger Spiele.

Was sind die wichtigsten Ziele der Partei?

Hauptsächlich stehen Wirtschaftsliberalismus sowie Bildung und Bürgerrechte im Vordergrund. Die FDP möchte Arbeitsplätze schaffen, indem vor allem Bürokratie, staatliche Eingriffe in Wirtschaftsprozesse und Subventionen abgebaut und staatliches Eigentum privatisiert werden. Ebenso im Fokus ist ein einfacheres Steuerrecht. Miriam Gruß betonte im Interview, dass ihre Partei dagegen ist, Webseiten zu sperren. Um etwa Kinderpornografie erfolgreich zu bekämpfen, müsse die Löschung von Daten bei Anbietern Vorrang haben.

Miriam Gruß (FDP)



Muss das Jugendschutzgesetz geändert werden?

Ich befürworte eher eine Empfehlung wertvoller Spiele statt einer Verbotsdiskussion. Es ist eine wichtige Aufgabe, Jugendliche vor gefährlichen Medieninhalten zu schützen. Allerdings muss die Politik Maßnahmen vermeiden, die erwachsene Verbraucher bevormunden. Verbote können auch kontraproduktiv wirken, denn sie suggerieren Sicherheit, die vielleicht gar nicht existiert. Das deutsche System der Selbstkontrolle über die USK gilt als weltweit vorbildlich.

Steht Ihre Partei hinter dem Verbot von »Killerspielen«?

Die FDP war und ist gegen ein solches Verbot, denn es setzt am falschen Ende an. Wenngleich nicht ausgeschlossen werden kann, dass derartige Spiele ebenso wie der Konsum von Gewaltvideos eine vorhandene Gewaltneigung negativ beeinflussen können, indem sie die Hemmschwelle herabsetzen. Ein Verbot kann die Ursachen aber nicht bekämpfen. Wir brauchen eine gesamtgesellschaftliche Strategie, um Gewaltbereitschaft entgegenzuwirken.

Wie sind Amokläufe wie der in Winnenden zu verhindern?

Ich glaube nicht, dass es nur einen Grund für eine solche Tat gibt. Dahinter stehen vermutlich vielschichtige Probleme, die mit Erziehung und Medienkonsum zu tun haben, aber auch mit Erwartungshaltungen und Drucksituationen. Wir müssen wahrnehmen, wenn junge Menschen sich absondern.



»Mehr Rechte beim Spielekauf«

Malte Spitz (Die Grünen)



Wie steht die Partei zu Spielen?

Die Grünen-Chefin Claudia Roth sagte mehrfach, dass sie nicht viel von einem Verbot halte. Malte Spitz (25), Beisitzer im Bundesvorstand und **Command & Conquer**-Fan, spricht sich für einen besseren digitalen Verbraucherschutz aus: »Nur, weil man sich einmal online registriert hat, darf das nicht heißen, dass man alle Rechte abtritt. Der Weiterverkauf von Spielen muss möglich sein.«

Was sind die wichtigsten Ziele der Partei?

Kernpunkte: neue Arbeitsplätze in Zukunftsbranchen wie den erneuerbaren Energien oder im Bildungsbe-
reich sowie Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit durch Mindestlöhne. Zum Thema Internet-Sperren sagte Spitz: »Der Aufbau einer Sperr-Infrastruktur ist nicht tragbar, die Wirksamkeit fraglich. Das Internet ist kein rechtsfreier, aber eben auch kein bürgerrechtsfreier Raum.« Beim Urheberrecht lehnen die Grünen die drastische Verfolgung von Tauschbörsennutzern ab und wollen mit einer »Kulturflatrate« ein sowohl für Künstler als auch Nutzer faires System schaffen.

Muss das Jugendschutzgesetz geändert werden?

Unser Jugendmedienschutz ist international beispielgebend. Es wird aber sicher eine Diskussion darüber geben, ob die Suchtproblematik stärker in die USK-Bewertung aufgenommen werden sollte. Zudem sind Instrumente wie die Inhaltsbeurteilung der PEGI interessant. Bei der Altersfreigabe muss man Eltern stärker in die Verantwortung nehmen.

Steht Ihre Partei hinter dem Verbot von »Killerspielen«?

Wir lehnen die Pläne der Innenminister ab. Es ist erst mal nur ein Prüfauftrag, trotzdem schwant mir Böses, wenn Schäuble und seine Länderkollegen sich an das Thema machen. Welche Probleme durch eine pauschale Bezeichnung wie »Killerspiel« entstehen, zeigt **Counterstrike**. Hier gibt es verschiedene Versionen, die eine unterschiedliche Qualität an Brutalität haben.

Wie sind Amokläufe wie der in Winnenden zu verhindern?

Ich glaube, Schuldzuweisungen sind wenig sinnvoll. Es gilt, besonders die Bildungspolitik in den Fokus zu nehmen. Wir brauchen mehr Förderung und Betreuung, um Signale von jungen Menschen mit Problemen besser zu erkennen. Zudem muss das Waffenrecht schärfer werden.

DIE LINKE.

»Keine Diffamierung von Spielern«

Wie steht die Partei zu Spielen?

Lothar Bisky, Parteivorsitzender neben Oskar Lafontaine, ließ bereits vor zwei Jahren keine Zweifel: »Computerspiele müssen, auch in gewalthaltiger Form, als massenmediale Produkte der Populärkultur begriffen werden. Kinder und Jugendliche müssen lernen, damit umzugehen und Risiken abzuschätzen.« Petra Sitte (49), Bundestagsabgeordnete und Medienbeauftragte, sagte im GameStar-Interview: »Wichtig ist, durch Medienkompetenz echten präventiven Jugendschutz zu betreiben.«

Was sind die wichtigsten Ziele der Partei?

Sie strebt den demokratischen Sozialismus an, einen Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus mit sozialer Marktwirtschaft, fordert einen Mindestlohn und eine »radikale Kehrtwende in der Umweltpolitik«, eine solidarische Bürgerversicherung für die Gesundheitsversorgung und lehnt Internet-Sperren ab. Für junge Leute sollen Ausbildungsplätze geschaffen werden, finanziert durch Geld von Betrieben, die zu wenige Lehrstellen anbieten.

Dr. Petra Sitte (Die Linke)



Muss das Jugendschutzgesetz geändert werden?

Nein. An Gewalt und Amok an Schulen sind nicht vermeintlich unzureichende Bestimmungen des Jugendschutzes schuld, sondern ein komplexes Gefüge aus sozialen, psychologischen und familiären Bedingungen. Dazu gehören soziale Isolation, Leistungsdruck, Schulversagen, psychosoziale Kränkung und der Zugang zu realen Waffen. Diese Punkte bleiben in den Debatten zu oft unerwähnt.

Steht Ihre Partei hinter dem Verbot von »Killerspielen«?

Die Linke lehnt einen prohibitiven Umgang mit gewalthaltigen Computerspielen ab. Wir wenden uns gegen die Diffamierung der Entwicklerbranche und Hunderttausender von Nutzern. Dass vielen von uns solche Spiele eher fremd sind, wollen wir dabei nicht verhehlen. Zu einem humanistischen und solidarischen Menschenbild tragen sie wohl wenig bei. Dennoch: Die Freiheit von Kunst und Kultur ist ein hohes Gut.

Wie sind Amokläufe wie der in Winnenden zu verhindern?

Ein erster Schritt: Änderung des Waffengesetzes. Unser Ziel ist es, Schusswaffen weitgehend aus Privathaushalten zu nehmen, um die Verfügbarkeit einzuschränken. Hier sehen Experten die entscheidende Voraussetzung, die aus einem möglicherweise blutigen Anschlag ein Massaker machen kann.



Wahlfänger

Es gehört zum politischen Spiel, dass Parteien in Wahlkampfzeiten alles daran setzen, sich bei möglichst vielen Wählern einzuschmeicheln. Auch wenn das bedeutet, dass Aussagen von gestern auf einmal keine Rolle mehr spielen. Wenn also GameStar bei Parteizentralen anruft, um sich stellvertretend für viele hunderttausend Spieler zu erkundigen, wie ernst man es denn mit einem »Killerspiele«-Verbot meine, dann lautet die Antwort wenig überraschend: Alles halb so wild! Eigentlich finde man ein Verbot ziemlich doof.

Sagen dürfen das freilich vor allem die Nachwuchskader. Deren Standpunkt kann man im Zweifel getrost vergessen, wenn die grauen Eminenzen später Macht Worte sprechen. Noch vor zwei Monaten empfahlen die Innenminister von CDU, CSU, SPD und FDP ein Verbot gewalthaltiger Spiele. Kaum anzunehmen, dass sie ihre Meinung auf einmal geändert haben. Nur spricht man vor der Wahl umgerüstet über heikle Vorhaben. Vom Tisch sind sie deshalb nicht.

Die Aussagen der jüngeren Politiker auf diesen Seiten sind also mit Vorsicht zu genießen. Für Spieler ist – wie für alle Wähler – das wichtigste Instrument das Gedächtnis. Wer in der Vergangenheit Spieler vergrätzt und Verbote befürwortet hat, so wie CDU, CSU und Teile der SPD, der wird diese Linie kaum von heute auf morgen aufgeben. Wer sich bislang offen und tolerant gegenüber dem Medium Computerspiel gezeigt hat, wie Grüne und Linke, von dem darf man das auch weiterhin hoffen.

Kein Mensch sollte seine Wahlentscheidung allein davon abhängig machen, wie die Parteien zu Computerspielen stehen. Dafür sind Spiele, bei aller Liebe, zu unwichtig. Aber im Umgang mit unserem jungen Medium lässt sich manches über die generelle Geisteshaltung einer Partei ablesen: Wer ist sicherheitsgetrieben, wer populistisch, wer aktionistisch, wer gelassen? Was auch immer Ihre eigene Schlussfolgerung sein sollte: Gehen Sie wählen! Nutzen Sie die Chance, als Spieler die Zukunft von Deutschland mitzubestimmen.

Christian Schmidt

Stellvert. Chefredakteur
christian@gamestar.de



»Kampf gegen Spieleverbot«

Wie steht die Partei zu Spielen?

Sie verurteilt Verbote und veranstaltet sogar Demonstrationen. Andreas Popp (25), stellvertretender Vorsitzender der Piratenpartei, der momentan Bioshock spielt, kritisiert »ellenlange Lizenzbestimmungen, in denen man einwilligt, den PC ausspionieren zu lassen, und Spiele, die wegen eines abgelaufenen Kopierschutzes nicht mehr zu installieren sind. Das muss sich ändern.«

Was sind die wichtigsten Ziele der Partei?

Der Piratenpartei geht es vorrangig um Datenschutz, Informationsfreiheit, Bürgerrechte und bessere Bildungschancen. Sie verurteilt das Zensurgesetz und fordert den Wandel vom »gläsernen Bürger« zum »gläsernen Staat«. Sind die Piraten nur eine Protestpartei? »Die digitale Revolution ist der größte gesellschaftliche Umbruch seit der Industrialisierung«, sagt Andreas Popp, »er wirkt in alle Bereiche, auch Wirtschaft und Soziales. Ich traue uns eher zu, mit dieser Aufgabe zurechtzukommen, als Politikern, die nicht wissen, was ein Browser ist.«

Andreas Popp (PIRATEN)



Muss das Jugendschutzgesetz geändert werden?

Deutschland hat bereits den schärfsten Jugendschutz bei Computerspielen. Statt nach immer härteren Gesetzen oder mehr staatlicher Kontrolle zu schreien, sollten wir die Eltern mehr in die Pflicht nehmen. Die sollten sich tatsächlich dafür interessieren, was ihr Kind spielt, statt es nur vor dem PC zu parken.

Steht Ihre Partei hinter dem Verbot von »Killerspielen«?

»Killerspiel« ist ein Kampfbegriff, mit dem einige Politiker Spiele diffamieren wollen, die sie nicht verstehen oder nicht verstehen wollen. Die Piratenpartei kämpft seit Bestehen gegen ein Spieleverbot, etwa mit der Protest-Aktion »Killerschach« dieses Jahr und bereits 2007.

Wie sind Amokläufe wie der in Winnenden zu verhindern?

Jeder der Amokläufe war ein erschütternder Einzelfall. Es gibt keinen einfachen Sündenbock. In Erfurt spielte wohl das schlechte Thüringer Schulsystem eine entscheidende Rolle. Ein anderes Mal ist Mobbing der Grund. Alles endet in sozialer Ausgrenzung. Wichtig ist es deshalb, dass Eltern, Lehrer und Mitschüler Zeichen erkennen und gemeinsam verhindern, dass Jugendliche psychisch labile Außenseiter werden.